

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

18. WP - 78. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. April 2016, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzende
Volker Dornquast (CDU)	
Heike Franzen (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Martin Habersaat (SPD)	
Bernd Heinemann (SPD)	i. V. v. Beate Raudies
Kai-Oliver Vogel (SPD)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Ines Strehlau
Dr. Heiner Garg (FDP)	i. V. v. Anita Klahn
Sven Krumbeck (PIRATEN)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gespräch mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann	5
2. Entwurf eines Gesetzes zur Wiedereinführung der Schulübergangsempfehlung und zur Stärkung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten	7
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/3346 (neu)	
3. Differenzierten Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss ermöglichen	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3838	
4. Umsetzung des Digitalen Lernens	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3789	
5. Unternehmensgründungen erleichtern	11
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3085	
Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstands von morgen	
Änderungsantrag der CDU Drucksache 18/3117	
6. Ein Glasfaseranschluss für jede Schule	12
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3310 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/5911	
7. Zukunft der Städte und des ländlichen Raumes	13
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/3505	

- 8. Bericht zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Landesregierung mit den Hochschulen** 14
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/3818](#)
- (Beratung im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV i.V.m. § 14 Absatz 1 Satz 2 GeschO)
- 9. Bericht des Wissenschaftsministeriums zur Entscheidung der Leibniz-Gemeinschaft an der Christian-Albrechts-Universität drei Wissenschafts-Campi einzurichten** 15
- Antrag des Abg. Volker Dornquast (CDU)
[Umdruck 18/5818](#)
- 10. Ausgezählte Vergütung für die Teilleistung „Schulmaterialien“ bei der Erarbeitung eines Aktionsplanes gegen Homophobie zurückfordern** 16
- Antrag der Fraktion der CDU
[Umdruck 18/5792](#)
- Vorlagen des Sozialministeriums
[Umdruck 18/5584](#) (neu) und interner [Umdruck 18/5644](#)
- 11. Entwurf eines Gesetzes für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Landespressegesetzes** 18
- Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 18/3800](#)
- Beschlussfassung über den Kreis der Anzuhörenden für die mündliche Anhörung am 26. Mai 2016
- 12. Verschiedenes** 19

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gespräch mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann

Herr Dr. Meyer-Heidemann erläutert die Schwerpunkte der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, die insbesondere niedrigschwellige Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene mache. In folgenden Bereichen sieht er Handlungsbedarf: Die Ausstattung der schleswig-holsteinischen Landeszentrale, die im Bundesvergleich am schlechtesten ausgestattet sei, sollte verbessert werden. Der Schwerpunkt der politischen Bildung in den berufsbildenden Schulen müsse gestärkt werden. Bei Schulbesuchen von Politikern müsse das Gebot der Überparteilichkeit gewahrt sein. Im neuen Weiterbildungsgesetz sollte auch die politische Weiterbildung verankert werden.

Abg. Dornquast wünscht sich, dass der Landesbeauftragte für politische Bildung die vom Landtag in Auftrag gegebene Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch Veranstaltungen begleite.

Abg. Waldinger-Thiering unterstreicht die „konstruktive“ Zusammenarbeit im Kuratorium und die Bemühungen, die Wahlbeteiligung zu steigern.

Abg. Vogel thematisiert die Frage der Wahrnehmung der Landeszentrale in der Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit mit anderen Landeszentralen.

Abg. Habersaat äußert, das Gespräch zwischen einzelnen Abgeordneten und Schülern könne ein sinnvolleres Format sein als eine Podiumsdiskussion.

Abg. Krumbeck hält es für geboten, dass bei Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern zumindest jeweils ein Vertreter einer Regierungspartei und ein Oppositionsvertreter anwesend seien.

Herr Dr. Meyer-Heidemann weist darauf hin, dass die Landeszentrale Materialien versandkostenfrei verschicke. Regelmäßige Besuche von Mitgliedern der Landeszentrale oder umge-

kehrt die Einladung von Schulklassen in die Räumlichkeiten der Landeszentrale scheiterten an Ressourcen.

Die Vorsitzende bedankt sich im Namen des Bildungsausschusses beim neuen Landesbeauftragten für dessen Engagement.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Wiedereinführung der Schulübergangsempfehlung und zur Stärkung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/3346](#) (neu)

(überwiesen am 17. September 2015)

hierzu: [Umdrucke 18/5150, 18/5380, 18/5389, 18/5433, 18/5494, 18/5506, 18/5530, 18/5534, 18/5560, 18/5564, 18/5566, 18/5589, 18/5596, 18/5614, 18/5619, 18/5641](#)

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den FDP-Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Schulübergangsempfehlung und zur Stärkung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten, [Drucksache 18/3346](#) (neu), abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Differenzierten Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/3838](#)

(überwiesen am 18. Februar 2016, Fortsetzung der Beratung vom 25. Februar 2016)

Frau Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung, teilt mit, eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz befasse sich mit der Frage, ob und wie man zu einer besonderen Bewertung der Schülerinnen und Schüler mit einem Förderabschluss komme. Die KMK wolle sich Anfang Oktober 2016 mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe beschäftigen.

Tendenziell wolle sie keinen neuen, zusätzlichen Abschluss unterhalb des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses einführen, um mit der Einführung eines „ESA-light-Abschlusses“ keinen falschen Anreiz zu schaffen. Es gehe um die Frage, inwieweit man anerkenne, dass Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf (insbesondere mit dem Förderschwerpunkt Lernen) in einzelnen Fächern Leistungen auf ESA-Niveau erreichten. Die Bedeutung der Vorlage eines Abschlusszeugnisses für die duale Ausbildung dürfe nicht überschätzt werden, weil Förderschüler weiter individueller Unterstützung bedürften.

Abg. Franzen stellt klar, Intention des CDU-Antrags sei nicht, einen Schulabschluss ESA-light zu schaffen, sondern Leistungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (in erster Linie mit dem Förderschwerpunkt Lernen) anzuerkennen und zu dokumentieren, wenn sie dem Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss entsprächen, und ihnen eine positive Rückmeldung zu geben. Außerdem sei es problematisch, Förderschüler als Schulabbrecher zu werten.

Abg. Habersaat geht davon aus, dass das statistische Problem der Schulabbrecher durch die Einführung einer neuen Kategorie zu lösen sei. Es gehe darum, im Zeugnis eines Förderschülers positiv zu vermerken, wenn er ESA-Leistungen erreicht habe.

Abg. Waldinger-Thiering rückt die Frage in den Vordergrund, welche Qualifizierungs- und Berufsperspektiven Förderschüler nach der Schule hätten.

Frau Fischenbeck-Ohlsen, Referentin im Referat Sonderpädagogische Förderung, Inklusion und Integration im Bildungsministerium, berichtet, die zieldifferente Förderung solle sich nach Auffassung der KMK-Arbeitsgruppe auch in Zukunft so weit wie möglich an den Anforderungen des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses orientieren. Vorstellbar sei, zu einer Art Zertifizierung von schulischen Kompetenzen zu kommen.

Ministerin Ernst wünscht sich, dass man in einheitlichen Abschlusszertifikaten dokumentiere, wenn in Teilen ESA-Leistungen erreicht würden, und ansonsten der individuelle Leistungsfortschritt eines Förderschülers weiter individuell dokumentiert werde.

Der Ausschuss wird die Beratungen voraussichtlich am 1. November 2016 fortsetzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Umsetzung des Digitalen Lernens

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/3789](#)

(überwiesen am 9. März 2016 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 18/3789](#) abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Unternehmensgründungen erleichtern

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/3085](#)

Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstands von morgen

Änderungsantrag der CDU

[Drucksache 18/3117](#)

(überwiesen am 18. Juni 2015 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Bildungsausschuss**)

hierzu: [Umdrucke](#) [18/4672](#), [18/4676](#), [18/4699](#), [18/4790](#), [18/4871](#), [18/4872](#),
[18/4873](#), [18/4887](#), [18/4888](#), [18/4890](#), [18/4900](#), [18/4901](#),
[18/4940](#), [18/4959](#), [18/4989](#), [18/5014](#), [18/5379](#)

Der Bildungsausschuss schließt sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Ein Glasfaseranschluss für jede Schule

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/3310](#) (neu)

(überwiesen am 18. September 2015 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/5911](#)

Einstimmig nimmt der Ausschuss den Änderungsantrag [Umdruck 18/5911](#) an. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 18/3310](#) (neu) in der geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Zukunft der Städte und des ländlichen Raumes

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/3505](#)

(überwiesen am 20. Januar 2016 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und alle weiteren Ausschüsse des Landtags)

Der Bildungsausschuss empfiehlt, die Antwort [Drucksache 18/3505](#) zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Landesregierung mit den Hochschulen

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/3818](#)

(Beratung im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV i.V.m. § 14 Absatz 1 Satz 2 GeschO)

Wissenschaftsstaatssekretär Fischer begründet die Ergänzung der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen mit der Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen ([Drucksache 18/3818](#)).

Abg. Dornquast vertritt die Auffassung, dass die von der Landesregierung bereitgestellten Mittel für die angekündigten quantitativen und qualitativen Verbesserungen im Hochschulbereich nicht ausreichen.

Abg. Waldinger-Thiering begrüßt die Aufstockung der Grundhaushalte der Hochschulen und hält es für notwendig, die Zahl der Masterstudienplätze auszuweiten.

Abg. Habersaat weist darauf hin, dass die Hochschulpaktmittel für zusätzliche Studienplätze verwendet würden und die Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulhaushalte für die Verbesserung der Qualität.

Auf Fragen von Abg. Dr. Garg erwidert Staatssekretär Fischer, die Einrichtung des neuen Studiengangs European Cultures and Society in Flensburg sei auf den ausdrücklichen Wunsch der Europa-Universität zurückzuführen, das Profil der Internationalisierung und die Zusammenarbeit mit Sonderburg zu stärken. Die Erhöhung der Zahl der Masterstudienplätze sei insbesondere an den Fachhochschulen geboten.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums zur Entscheidung der Leibniz-Gemeinschaft an der Christian-Albrechts-Universität drei Wissenschafts-Campi einzurichten

Antrag des Abg. Volker Dornquast (CDU)

[Umdruck 18/5818](#)

Der Bildungsausschuss teilt die Freude von Staatssekretär Fischer, dass die Leibniz-Gemeinschaft von insgesamt 19 Wissenschafts-Campi drei an der Christian-Albrechts-Universität einrichten wolle, nämlich „Kiel Centre for Globalization“, „Evolutionary Medicine of the Lung“ und „Kiel Science Outreach Campus“.

Staatssekretär Fischer äußert, der Erfolg gehe auf die Leistungen der wissenschaftlichen Einrichtungen zurück, die man aus dem Exzellenzbudget finanziell unterstützt habe. Die finanzielle Beteiligung des Landes an den drei Leibniz-Campi sei sichergestellt; Ziel müsse sein, dass die Leibniz-Gemeinschaft sie selbstständig finanziere.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Ausgezahlte Vergütung für die Teilleistung „Schulmaterialien“ bei der Erarbeitung eines Aktionsplanes gegen Homophobie zurückfordern

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/5792](#)

Vorlagen des Sozialministeriums

[Umdruck 18/5584](#) (neu) und interner [Umdruck 18/5644](#)

Abg. Dornquast stellt den Antrag, die bereits ausgezahlte Vergütung für die Teilleistung „Schulmaterialien“ bei der Erarbeitung eines Aktionsplans gegen Homophobie zurückzufordern, [Umdruck 18/5792](#). Eine Rückforderung sei wegen Schlechterfüllung des Vertrags rechtlich zwingend. Ministerin Alheit habe ausgeführt, dass die Materialien auch nach den Nachbesserungen für den Schulunterricht nicht geeignet seien.

Frau Dr. Duda, Leiterin der Abteilung Kinder, Jugend, Familie und Gleichstellung im Sozialministerium, bekräftigt die Auffassung des Ministeriums, dass der Vertrag erfüllt worden sei. Das Bildungsministerium komme zwar zu dem Schluss, dass die Materialien nicht unmittelbar einsetzbar seien, weil sie entwicklungspsychologisch nicht der Situation von Grundschulkindern entsprächen und didaktisch-methodisch nicht richtig aufbereitet seien, lasse die Materialien aber in die Erarbeitung der Fachanforderungen einfließen. Das mit dem Landtagsbeschluss 2014 geforderte Konzept liege vor, und die Unterrichtsmaterialien würden indirekt angewendet.

Abg. Dr. Garg lehnt den Antrag der CDU ab. Die Erwartung, dass ein Verein didaktisch und methodisch einwandfreies Unterrichtsmaterial zum Gebrauch an Grundschulen erarbeite, sei absurd.

Abg. Waldinger-Thiering erklärt, auch die Koalition sehe keinen Grund für eine Rückforderung. Das Material werde bei der Erarbeitung der Fachanforderungen gebraucht, der Auftrag sei erfüllt worden.

Abg. Erdmann und Krumbeck erinnern an die Intention des Aktionsplans gegen Homophobie, den das Parlament gemeinsam beschlossen habe. Die von der CDU angestoßene Debatte schade dem gemeinsamen Ansinnen bei diesem sensiblen Thema.

Abg. Dornquast zitiert noch einmal aus dem zwischen Sozialministerium und LSVD geschlossenen Vertrag, in dem es in § 7 - Beseitigung von Mängeln - heiße:

„Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für die vollständige und rechtzeitige Erfüllung des Auftrages. Soweit Arbeitsergebnisse Mängel aufweisen, hat der Auftragnehmer diese auf Verlangen des Auftraggebers ohne zusätzliches Entgelt zu beheben. Führen die vom Auftragnehmer vorgenommenen Nachbesserungen auch bei einem zweiten Nachbesserungsversuch nicht zur vollständigen Beseitigung der vom Auftraggeber festgestellten Mängel, so wird das Entgelt gemindert.“

Der CDU-Antrag [Umdruck 18/5792](#) wird gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein und zur
Änderung des Landespressegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/3800](#)

(überwiesen am 18. Februar 2016)

Beschlussfassung über den Kreis der Anzuhörenden für die mündliche Anhörung am 26. Mai 2016

hierzu: [Umdrucke 18/5769, 18/5793](#)

Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende für die mündliche Anhörung am 26. Mai 2016 bis zum 18. April 2016 zu benennen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss sagt den am 26. Mai 2016 geplanten Besuch der Neulandhalle aus Zeitgründen ab.

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 15:45 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer